

Reichskonferenz der Wirtschaftsräte und Preisprüfungsstellen.

Donnerstag den 23. d. fand im Arbeiterheim im Anschluss an den sozialdemokratischen Parteitag eine Konferenz der Arbeitervertreter in den Wirtschaftsämtern und Preisprüfungsstellen statt; sie beschäftigte sich mit den Aufgaben dieser Körperchaften und der Stellung der Arbeitervertreter hiezu. Die Konferenz war aus allen Kronländern besetzt. Ueber die Aufgaben der Wirtschaftsämter in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft referierte Dr. M e n n e r :

Unsere Lebensmittelversorgung ist in ein kritisches Stadium getreten. Die Wirtschaftsämter entfalten noch keine befriedigende Tätigkeit. Die Preisprüfungsstellen sind entartet, der Ernährungsrat entbehrt einer festen, geschlichen Grundlage. Durch nichts aber ist der Ernährungsdienst so sehr geschädigt als durch den Mangel einer straffen Verwaltung. Den Anordnungen der Zentralstellen leisten die übrigen Behörden nur ungenügende Folge. Die einzelnen Kronländer haben sich, anfangs wenigstens, gegeneinander abgesperrt, ebenso die einzelnen Bezirke. Das zweite Uebel aber ist, daß die Arme, welche den Willen der Leitung in die Tat umsetzen sollen, fehlen. Insbesondere erweist sich die Sozialverwaltung als höchst mangelhaft. Sie ist gleichsam entzweigeschnitten. Der eine Teil ist einseitig juristisch gebildet und hat vom praktischen Leben unzureichende Vorstellungen, der andere Teil, der die reale Arbeit leisten soll, die Gemeinde, ist infolge ihres ganzen Aufbaues einseitig interessiert. Man kann ohne Uebertreibung feststellen, daß die Gemeindeverwaltungen vermöge ihrer Zusammenfassung ein der Volksgesamtheit entgegen gesetztes Interesse haben. Die Agrargemeinden haben Produzenten-, die Kleinstädte vorwiegend Händlerinteressen. Die meisten Gemeinden sind auch viel zu klein, es fehlt überdies an Zusammenhang unter den Verwaltungsorganen. Um diesem Mangel abzuhelfen, empfiehlt ich die Einführung von Wirtschaftsämtern und Wirtschaftsräten. Dagegen aber sträubte sich die Bürokratie. Später, unter dem Minister Höfer, einigte man sich zunächst auf Bestellung von Ernährungsinspektoren, die die Statthaltereien und die Bezirkshauptmannschaften kontrollieren sollten. Doch war die Auswahl an geeigneten Personen sehr erschwert. Schließlich kam es doch dazu, daß ein Erlaß wegen Errichtung von Wirtschaftsämtern hinausgegeben wurde. Leider wurde er anfangs gar nicht beachtet. Infolge des Fehlens von Geldmitteln konnten keine Beamten angestellt werden und die Lemter mühten an die Gemeinden oder an die Behörden angelehnt werden. Daraus ergibt sich der problematische Charakter der ganzen Einrichtung. Wir können sie aber nicht entbehren und es muß also eine geschliche Grundlage für sie geschaffen werden. Die Gelegenheit hiezu wird sich bei der Umwandlung des Amtes in ein Ministerium ergeben. Die Konsumenten müssen jedenfalls in den Wirtschaftsämtern paritätisch mit den anderen Interessentengruppen vertreten sein.

Aber auch die Städte brauchen solche Organe. Die Großstadt Wien, die mit ihren zwei Millionen Einwohnern durch einen ernährungstechnisch ganz und gar unzulänglichen Verwaltungsapparat verwaltet wird! Zwischen dem Magistrat, den magistratischen Bezirksämtern und den Massen besteht kein Zwischenglied. Es fehlt an einer lokalen Untergliederung, die nur notdürftig durch die Protokommissionen ersetzt ist. Diese können bloß als bürokratische Nachweisbüros, nicht aber als Verwaltungsstellen angesehen werden. Die Folge davon ist, daß die Stadt durch den Ernährungsdienst nicht erfasst werden kann. Sie müßte in kleine Sprengel geteilt werden, in welchen die Vertrauenspersonen der Bevölkerung bei der Versorgung der einzelnen Haushaltungen mitarbeiten. Wien hat für seine zwei Millionen Einwohner nur einen Ortswirtschaftsrat und dieser ist bloßer Schein. In welchen Folgen dieser Zustand führt, ist bekannt. Die Gemeinde Wien vermochte das so bedenkliche Zustellen noch immer nicht abzustellen, während es anderwärts, besonders in reichdeutschen Städten, möglich war. Wir leiden eben unter einem Ueberwuchern der Bürokratie auch in der Gemeinde und ihr gegenüber tritt die Selbstverwaltung zurück. Das wird sich erst bessern, bis man sich entschließt, kleine Kreise mit höchstens 4000 bis 5000 Menschen, die man überblicken und ernstlich verwalten kann, zu schaffen. Sowie über die Organisation der Wirtschaftsämter.

27/X. 1918 10

Was nun ihre Aufgabe anlangt, so haben die Vertreter der Konsumenten vor allem dafür zu sorgen, daß die Wirtschaftsämter zu regelmäßigen Sitzungen einberufen werden. Nicht das verweigert, ist der Ernährungsinspektor, eventuell das Amt für Volksernährung zu verständigen. Die Wirtschaftsämter haben für die Aufbringung und Verteilung der Vorräte zu sorgen. Leider fehlt es an jeder Zusammenstellung der einschlägigen Ernährungsvorschriften. Der Vertrauensmann der Konsumenten sollte daher wenigstens die Möglichkeit haben, in die Besordnungen bei der Bezirkshauptmannschaft Einblick nehmen zu können. Als leitenden Gesichtspunkt hat der Konsumentenvertreter Menschen, Vieh und Boden als eine Einheit aufzufassen und gleichsam wie ein Hausvater mit den vorhandenen Vorräten die gegebene Bevölkerung zu betreuen. Er sollte diese ganze Inventur, so gut es geht, aufnehmen, sollte eine Zählung der Selbstversorger sowie der Haushaltungen und eine Viehzählung und eine Aufnahme der Vorräte veranstalten. Hieraus wäre ein Bewirtschaftungsplan für den zu versorgenden Ort auszuarbeiten. Man muß wissen, was der Ort selbst aufzubringen vermag, was er an andere Orte abzugeben hat, was er von außen erhalten und wie die Verteilung erfolgen soll. Ohne einen solchen Versorgungsplan müssen die Arbeiten unfruchtbar bleiben. Der Redner zeigt nun an einzelnen Beispielen, wie der Wirtschaftsplan (Obst, Milch) zu verwirklichen wäre.

Die Versorgung der Gemeinden ist durch den Bezirkswirtschaftsrat zu regeln, wobei der ganze Bezirk als eine Wirtschaftseinheit gelten muß. Der Bezirkswirtschaftsrat hat von

der Bezirkshauptmannschaft zu fordern, daß die Getreide-, Vieh- und Kartoffelkommissionäre genauen Bericht erstatten, denn der Bezirkswirtschaftsrat hat ein lebhaftes Interesse daran, den Stand der Vorräte im Bezirk möglichst genau zu kennen. Darum müssen die Kommissionäre zu Auskunfts-erteilungen verhalten werden. Das wird dann auch eine Art Kontrolle über die Tätigkeit der Kommissionäre, aber auch über die Vorräte der einzelnen Wirtschaften ermöglichen. Selbstverständlich sollten die Bezirkswirtschaftsräte auch die Ortsbürgermeister kontrollieren. Insbesondere in den ländlichen Gemeinden ist das nötig und es kommt nicht selten vor, daß die Bauern mit dem gleichen Wahrschein die zehnfache Fruchtmenge vermahlen lassen. Sodann hat der Bezirkswirtschaftsrat die Verteilung der Vorräte und der zugewiesenen Bedarfsartikel (Zucker, Petroleum) zu kontrollieren. Zu diesem Zwecke hat er die Ein- und Ausgänge möglichst in Evidenz zu halten, auch für die richtige Ablieferung der staatlichen Bedarfsartikel aus den Bauernwirtschaften einzutreten. Die Ablieferung wird sehr gefördert werden, wenn die Bauern die ihnen zukommenden Artikel Zug um Zug gegen Ablieferung ihrer Erzeugnisse erhalten.

Das Hauptübel, warum die Wirtschaftsämter noch keine Tätigkeit entfalten, ist der Mangel an Geldmitteln. Dem kann jedoch abgeholfen werden. Die Kommissionäre verdienen außerordentlich große Summen im Bezirk, sie könnten zur Leistung einer Veisteuer herangezogen werden. Ebenso die Gemeinden. Für größere Ausgaben (zum Beispiel die Versorgung der Mindestbemittelten, die Errichtung von Kriegslägen, die Anlage von Schweinemastanstalten) kann auch von der Regierung Geld angesprochen werden. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß auch der Anbau, zum Beispiel von Kartoffeln, durch die Bezirkswirtschaftsräte beeinflusst werden kann, wenn er brachliegende Ländereien ausfindig macht. Diese Leitzgebühren können natürlich nur dann ihre Bewirkung finden, wenn die Bürokratie durch eine wirtschaftliche Demokratie ersetzt wird. Die eisernen Schranken, die durch die zusammengeschmolzenen Vorräte gezogen sind, werden freilich auch so nicht überschritten werden können. Die Versäumnisse der Regierung sind zu groß, und die Widerpenstigkeit der Agrarier und des geschäftemachenden Bürgertums läßt sich kaum noch bestreiten. Diese Kreise haben denn auch die Verantwortung für alle Folgen zu tragen.

Hierauf erstattete Sekretär Wilhelm Wilhelm einen Bericht über die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen, deren Tätigkeit er in eingehender Weise zergliederte und kritisierte. Den Schluß der Tagung bildete ein ausführliches Referat des Genossen Matthias Eidersch über den Ernährungsrat und die Organisation des künftigen Ministeriums für Volksernährung. An die Berichte schloß sich eine eingehende Debatte. Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden einstimmig angenommen und werden im „Konsumverein“ veröffentlicht.